



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europa-Gespräche
Institut für Geschichte,
Stiftung Universität Hildesheim**

Professor Dr. Matthias Stickler

Flucht und Vertreibung in Europa nach 1945
28. November 2016

Zum Referenten

Matthias Stickler ist Historiker und Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Nach dem Abitur in Aschaffenburg studierte Stickler zwischen 1988 und 1993 Geschichte, Germanistik und Sozialkunde für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Würzburg. Nach der Ersten Staatsprüfung wurde er 1997 promoviert. Anschließend arbeitete er als Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Neueste Geschichte und habilitierte sich 2003. 2010 wurde er zum außerplanmäßigen Professor bestellt. Eines seiner Hauptforschungsgebiete sind Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa nach dem II. Weltkrieg und ihre Integration in Westdeutschland. Weitere Interessengebiete sind die Habsburgermonarchie, vergleichende Genozidforschung, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowie die Universitäts- und Studentengeschichte. Zu allen Themengebieten liegen zahlreiche Publikationen von ihm vor. Seit dem 1. Oktober 2011 ist er Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Hochschulkunde an der Universität Würzburg.

Vortrag

Das 20. Jahrhundert wurde nicht zu Unrecht als Jahrhundert der Vertreibungen bezeichnet, denn allein zwischen 1912 und 1948 verloren zwischen 40 und 70 Millionen Europäer ihre Heimat. Hinzu kommen außerhalb Europas u.a. noch ca. 10 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene als Folge der Unabhängigkeit Indiens 1947 und ca. je 3 Millionen als Folge des chinesischen Bürgerkriegs bzw. des Koreakriegs. Nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 verloren bis Ende der 1950er Jahre über 1,3 Millionen Menschen ihre Heimat, Juden und Araber.

Seit Ende der 1940er Jahre gab es in Europa bzw. zwischen den Supermächten eine stillschweigende Übereinstimmung, dass der territoriale Status quo von 1945 nicht mehr verändert werden sollte. Die von den deutschen Vertriebenenverbänden erhobene Forderung nach Rückkehr in die früheren Heimatgebiete und einer Grenzrevision hatten deshalb bereits in den fünfziger Jahren keine Chance mehr auf Realisierung. Erst mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und vor allem dem Auseinanderbrechen des jugoslawischen Vielvölkerstaates kehrte das lange randständige Thema Flucht und Vertreibung ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit zurück. Begonnen hatten Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert ebenfalls auf dem Balkan als Folge der Balkankriege 1912/13, durch die das Osmanische Reich den größten Teil seiner europäischen Besitzungen verlor. Sie wurden zwischen den jungen Balkanstaaten aufgeteilt, was bereits damals zu ethnischen Säuberungen führte mit dem Ziel, möglichst homogene Staatsgebiete und -völker zu schaffen. Erstmals gab es Verträge zwischen Staaten über wechselseitige Umsiedlungen.

In öffentlichen Diskursen werden Vertreibungsmaßnahmen immer wieder gleichgesetzt mit Völkermord - es handelt sich hier aber um zwei verschiedene Formen von Gewalt. Die Konvention der UNO über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom Dezember 1948 (seit 1951 in Kraft), die bis Ende 2015 von 147 Staaten ratifiziert wurde, legt fest, es seien Taten, die in der Absicht begangen werden, nationale, rassische, ethnische oder religiöse Gruppen ganz oder teilweise zu vernichten. Bei Vertreibungen dagegen geht es darum diese ganz oder teilweise aus einem bestimmten Territorium zu entfernen. Das damit oft verbundene Sterben ist in erster Linie eine Begleiterscheinung. Seit den 1990er Jahren wird als Synonym für Vertreibung oft „ethnische Säuberung“ verwendet - eine Lehnübersetzung aus dem Serbischen, die im Jugoslawienkrieg entstand.

Flucht und Vertreibung gab es zu allen Zeiten weltweit. Neu im 20. Jahrhundert sind vor allem vier Aspekte als Ausdruck der europäischen Moderne:

1. Der ideelle Bezugspunkt war das seit dem 19. Jahrhundert kaum noch hinterfragte Leitbild des ethnisch fundierten Nationsverständnisses, aus dem die Forderung nach einem ethnisch homogenen Nationalstaat abgeleitet wurde.
2. Nationale Minderheiten wurden deshalb als grundsätzlich feindliche Elemente angesehen. Der sich daraus entwickelnde wechselseitige Hass begünstigte bei den Minderheiten separatistische und auf Vereinigung mit ihrer Ethnie gerichtete Sehnsüchte sowie bei den Mehrheitsvölkern die Vorstellung, dass man sich der Minderheiten durch aggressive Assimilationspolitik oder gezielte Umsiedlungsmaßnahmen entledigen müsse.
3. Der moderne durchorganisierte Anstaltsstaat trieb die Homogenisierung des Staatsvolks voran durch die Ausschaltung historisch gewachsener intermediärer Gewalten. Schulpflicht und Wehrpflicht dienten als Assimilierungsinstrumente. Der moderne staatliche Zentralismus schuf auch die Voraussetzung für die Vertreibung in völlig neuen Dimensionen, weil ihr nun ein Konzept rationaler Planung und Steuerung zugrunde lag.
4. Letztlich wurzeln auch die totalitären Ausprägungen ethnischer Säuberungen und Genozide im 20. Jahrhundert in Europa (Nationalsozialismus, Stalinismus) in, allerdings pervertierten, Modernisierungs-, Homogenisierungs- und Zentralisierungsidealen des 19. Jahrhunderts. Ethnische Säuberungen sind nicht immer als Rückfall in die Barbarei oder als Ausdruck von Rückständigkeit zu bewerten. Auch westlich liberale Staaten haben zu diesem Mittel gegriffen.

Nun zu Flucht und Vertreibung der Deutschen im Kontext der ethnischen Säuberungen im und nach dem II. Weltkrieg. Waren zwischen 1939 und 1943 „nur“ 15,1 Millionen Mensch Opfer von Flucht und Vertreibung geworden (nicht eingerechnet die Opfer der NS-Judenvernichtung sowie der Kriegs- und der Besatzungspolitik), so waren es zwischen 1944 und 1948 rund 31 Millionen. Die zahlenmäßig größte Gruppe stellten die Deutschen dar: Über 14 Millionen Menschen flohen vor der Roten Armee aus den deutschen Ostgebieten, der Tschechoslowakei, Polen, der Sowjetunion, dem Baltikum, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien oder wurden von dort vertrieben. Wie viele dabei umkamen ist umstritten - die in Veröffentlichungen genannten Zahlen schwanken zwischen gut 600 000 und maximal 2,8 Millionen. Der Tübinger Historiker Mathias Beer plädierte 2011 unter Würdigung aller verfügbaren einschlägigen Untersuchungen dafür, von deutlich unter einer Million Todesopfern als Folge von Flucht und Vertreibung auszugehen.

Die Vertreibung der Deutschen war letztlich eine Konsequenz der Politik des Dritten Reichs, aber es gab auch, so etwa der Berliner Historiker Michael Schwartz, längerfristige Ursachen - ältere ethnonationale Konfliktlagen, geostrategische Interessen und bereits vorhandene Politikmodelle ethnischer Säuberungen. Sie wurden durch die nationalsozialistische Politik mobilisiert und radikalisiert.

Der britische Premierminister Winston Churchill berief sich 1944/45 ausdrücklich auf den sogenannten griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923 als Vorbild für die geplante Vertreibung der Deutschen, wobei er dessen friedentiftende

Wirkung betonte. Die Gewaltpolitik des Dritten Reichs ließ die zunächst vorhandenen Vorbehalte der Westalliierten immer mehr zurücktreten. Im Rahmen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Ost- und Ostmitteleuropa vermischten sich Genozid und Vertreibungsmaßnahmen. Ziel war die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ für die „arische Rasse“, wofür die deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa instrumentalisiert, die vorhandenen Nationalitätenkonflikte insbesondere in der Tschechoslowakei und in Polen ausgenutzt wurden. Intakte deutsche Minderheiten, wie die Deutsch-Balten, die Deutsch-Südtiroler, die Dobrudscha-, Bukowina- und Bessarabien-Deutschen, wurden ins Reich, das heißt in die neu eroberten Gebiete, umgesiedelt.

Neben den Deutschen wurden bei Kriegsende auch andere Völker Opfer von Vertreibungen, insbesondere die Polen. Mehr als 2 Millionen Angehörige der polnischen Minderheit in den östlichen polnischen Grenzgebieten, die nun an die Sowjetunion fielen, mussten das Land verlassen. Hinzu kamen 3 Millionen Ansiedler aus Zentralpolen, die mit ihnen zusammen die bisherigen deutschen Ostgebiete polonisieren sollten. Die Maßnahmen veränderten die Zusammensetzung der polnischen Gesellschaft von Grund auf. Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung lag 1950 in nur drei von 17 Wojewodschaften unter 25 Prozent.

Finnland verlor nach dem II. Weltkrieg 12 Prozent seines Staatsgebiets an die Sowjetunion und musste die Vertreibung von 420 000 Finnen und Kareliern hinnehmen. Der Vertriebenenanteil an der Gesamtbevölkerung lag in Finnland mit 12 Prozent nur wenig niedriger als in den Westzonen Deutschlands, wo er 1946 ca. 13 Prozent betrug.

Weitere Opfer waren noch in Polen lebende Ukrainer (ca. 650 000 Menschen), Magyaren aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien (ca. 150 000), Slowaken aus Ungarn (ca. 70 000), Bulgaren aus Jugoslawien und Griechenland (ca. 120 000), Italiener aus Jugoslawien (ca. 300 000). Umsiedlungen gab es auch innerhalb der Tschechoslowakei (ca. 1,9 Millionen Menschen), meist Tschechen, aber auch Roma oder Magyaren, um die sudetendeutschen Gebiete neu zu besiedeln. Nicht vergessen darf man die Opfer der Säuberungs- und Deportationspolitik Stalins. Opfer waren nicht nur Angehörige ethnischer Minderheiten, wie Litauer, Letten, Esten, Krimtataren, Tschetschenen, Inguschen, Wolgadeutsche und Kalmücken, sondern auch sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Zwangsumsiedlungen fanden auch in die von der Sowjetunion neu erworbenen Territorien bzw. in die Gebiete statt, die als Folge von Vertreibungen neu besiedelt werden mussten. Zudem betrieb Stalin eine gezielte Russifizierungspolitik der nicht russischen Sowjetrepubliken, um möglichen separatistischen Bestrebungen zuvorzukommen. Die Folgen zeigen sich heute im schwierigen Verhältnis Russlands zu seinen Nachbarländern.

In der bisherigen Forschungen zu Flucht und Vertreibung ist die Rolle der Frauen, die zumeist allenfalls als passive Opfer in den Blick genommen werden, bisher stark unterbelichtet, was umso unverständlicher ist als den Frauen in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit wegen der Abwesenheit vieler Männer eine wichtige gesellschaftliche Funktion zukam. Sie waren neben Kindern und alten Männern auch die Hauptbetroffenen von Flucht und Vertreibung.

Flucht und Vertreibung der Deutschen verliefen phasenweise, wobei die im Folgenden genannten drei Phasen idealtypisch zu verstehen sind:

Phase 1 umfasst die Zeit vom Herbst 1944 bis Mai 1945: die Evakuierung deutscher Bevölkerungsteile bzw. ihre Flucht vor der Roten Armee. Die Flucht begann im Zuge des Rückzugs der Wehrmacht, der sich insbesondere Angehörige der volksdeutschen Minderheiten anschlossen; teilweise (Karpattendeutsche, Deutsche in Kroatien) fanden auch förmliche Evakuierungen statt. Der NS-Wahn vom Endsieg führte allerdings dazu, dass konkrete Evakuierungsmaßnahmen meist gar nicht oder zu spät in Angriff genommen wurden. In Ostpreußen verbot der fanatische Gauleiter Erich Koch die Flucht bei Todesstrafe. Als der Krieg im Herbst 1944 Ostpreußen erreichte, begannen

deshalb überstürzte Fluchtbewegungen, angeheizt durch massive Übergriffe der Roten Armee auf die Zivilbevölkerung, die von der NS-Propaganda medial aufgegriffen und verstärkt wurden, was die Panik der deutschen Bevölkerung noch vergrößerte.

Die von Stalin eingesetzte sowjetfreundliche polnische Regierung, das sogenannte Lubliner Komitee, begann die „wiedergewonnenen Gebiete“ in den polnischen Staat einzugliedern. Etwa 4,4 Millionen der 1939 etwa 9,5 Millionen Deutschen der Ostgebiete waren bereits geflüchtet, allerdings strömten sie nach dem Ende der Kampfhandlungen teilweise wieder in ihre Heimat zurück.

Phase 2 dauerte vom Frühjahr bis zum Sommer 1945 und brachte Internierungen und staatlich organisierte sogenannte wilde Vertreibungen von Teilen der verbliebenen deutschen Bevölkerung, deren weitgehende Entrechtung und teilweise gezielte Tötung. Das Lager Lamsdorf in Oberschlesien oder der „Brünner Todesmarsch“ vom 30. Mai 1945 sind Beispiele für die damaligen Ereignisse.

Fluchtbewegungen hatte es in allen Kriegen der Neuzeit gegeben, so auch in Ostpreußen das im I. Weltkrieg 1914/15 teilweise russisch besetzt war. Nach dem Ende der Kampfhandlungen waren damals die Flüchtlinge zurückgekehrt, was viele Betroffene auch jetzt erwarteten. Indem die Siegermächte ihnen die Rückkehr verweigerten, wurden sie zu Vertriebenen. Die Alliierten unterstrichen diese Haltung durch eine entsprechende Begrifflichkeit: seit Juli 1945 wurde in der US-Zone die Bezeichnung „refugees“ (Flüchtlinge) durch „expellees“ (Vertriebene), zeitweise auch durch „Neubürger“ ersetzt. In der sowjetischen Besatzungszone war von „Umsiedlern“ die Rede.

Die sich der Flucht anschließende Vertreibung war die Konsequenz der von den Alliierten beschlossenen Westverschiebung Polens. Es wurde die Zugehörigkeit der polnischen Ostgebiete zur Sowjetunion anerkannt, Polen dafür eine Entschädigung mit deutschem Land in Aussicht gestellt. In welchem Umfang Polen entschädigt werden sollte wie auch das Problem der deutschen Mehrheitsbevölkerung in den zur Entschädigung vorgesehenen Gebieten blieb zunächst ungelöst.

Die Gründe dafür, dass sich die Sieger für die bis dahin größte Zwangsumsiedlung der Geschichte entschieden, waren vielfältig. Die Schaffung möglichst ethnisch reiner Nationalstaaten sollte verhindern dass Minderheitenprobleme erneut das machtpolitische Gleichgewicht bedrohen konnten. Churchill, Roosevelt und Stalin stimmten darin überein mit den neuen Machthabern in Polen und der Tschechoslowakei. Der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Beneš sah die Chance gekommen, die seit dem 19. Jahrhundert schwelende Konfliktgeschichte zwischen Deutschen und Tschechen zugunsten letzterer zu entscheiden. Gegen Kriegsende gelang ihm, sein Ziel einer weitgehenden Vertreibung aller Sudetendeutschen, etwa 3 Millionen Menschen, bei den Westmächten durchzusetzen. Erkauft wurde die Unterstützung Stalins mit der Zustimmung zur Abtretung der Karpaten-Ukraine und der engen politischen Anlehnung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion. Begründet wurde die Vertreibung der Sudetendeutschen wie auch der Magyaren mit deren angeblichem Verrat an der tschechoslowakischen Republik und dem Ziel einer ethnischen Homogenisierung der Tschechoslowakei.

In Polen gab es zwischen der Londoner Exilregierung und dem sowjetfreundlichen Lubliner Komitee gewisse Unterschiede im Hinblick auf die Vertreibung der Deutschen. Die antikommunistische Exilregierung lehnte das Kompensationsgeschäft Ostpolen gegen Ostdeutschland zunächst ab, weil sie befürchtete, dass die Grenzänderung die sowjetische Hegemonie in Osteuropa stärken würde. An polnischen Gebietsgewinnen zu Lasten Deutschlands (Ostpreußen, Oberschlesien) war die Exilregierung allerdings ebenso interessiert wie an der grundsätzlichen Ausschaltung der „deutschen Gefahr“ und damit der Aussiedlung der Deutschen.

Phase 3 (Sommer 1945 bis ca. 1950) brachte schließlich die sogenannten „ordnungsgemäßen und humanen Überführungen“ nach der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Diese sanktionierte im Wesentlichen die Vertreibung, legte aber auch gewisse Mindeststandards für die konkreten Zwangsaussiedlungsmaßnahmen fest. In Potsdam wurde auch die sogenannte „Oder-

Neiße-Linie“ als Grenze zwischen den Polen übergebenen deutschen Gebieten und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands endgültig festgelegt. Die Oder-Neiße-Linie war ursprünglich ein Maximalziel Stalins gewesen, daneben gab es auch andere Überlegungen. Auch wenn die endgültige Regelung einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten blieb, so war doch klar, dass mit einer Revision dieser Grenze nicht mehr zu rechnen war.

Bis 1947 wurde in der Tschechoslowakei die Vertreibungen abgeschlossen, bis 1950 in Polen. In beiden Ländern durften in gewissem Umfang Deutsche als dringend benötigte Arbeitskräfte bleiben. Diese wurden zumeist rigiden Polonisierungs- bzw. Tschechisierungsmaßnahmen unterworfen. In beiden Ländern versuchte man darüber hinaus in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit zu tilgen, bis hin zur Zerstörung von Friedhöfen. Das Verhältnis zu den Deutschen wurde im Sinne einer Jahrhunderte alten Konfliktgeschichte verfälscht und der Mythos von urpolnischen bzw. ortschechischen Gebieten, die man nach jahrhundertelanger deutscher Fremdherrschaft endlich zurückgewonnen habe, verbreitet.

Zwischen die Fronten gerieten bei diesen Bevölkerungsverschiebungen die sogenannten Autochthonen, zweisprachige Menschen, vor allem in den vormaligen Grenzgebieten, die keine eindeutige nationale Identität besaßen, wie die Masuren in Ostpreußen. Sie sprachen einen polnischen Dialekt, waren aber überwiegend evangelisch wie ihre deutschsprachigen Nachbarn und hatten 1920 bei der Volksabstimmung über die Zukunft des südlichen Ostpreußens mit 98 Prozent für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland gestimmt. Sie wurden von den polnischen Behörden vor die Wahl gestellt, entweder das Vertreibungsschicksal anzunehmen oder für Polen zu optieren und sich zu assimilieren. Viele gingen tatsächlich nach Deutschland. Ähnlich erging es den oberschlesischen Schlonsaken, den Kaschuben in Westpreußen und Hinterpommern, den litauischen Memelländern, aber auch den griechisch-katholischen Ukrainern im polnischen Teil Galiziens.

Juristisch gesehen war ein völkerrechtliches Vertreibungsverbot 1945 noch nicht kodifiziert. Der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas beurteilt die Vertreibung dennoch als völkerrechtswidrig weil sie gegen die Bestimmung der Haager Landkriegsordnung verstoßen habe und im Sinne der Artikel 6b und 6c des Nürnberger Statuts ein Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit gewesen sei. Aus Sicht des Historikers handelte es sich bei allen Vertreibungen am Ende des II. Weltkriegs letztlich um machtpolitisch motivierte Entscheidungen der Siegermächte. Das Lausanner Modell von 1923 schien die Möglichkeit zu eröffnen, nach dem Vorbild des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs eine Lösung für die Minderheitenprobleme und die politisch gewollten Verschiebungen der Staatsgrenzen im ostmitteleuropäischen Raum zu finden. Die Vertreibung der Deutschen erfolgte allerdings ohne die Zustimmung Deutschlands, andere zeitgleich erfolgte Zwangsumsiedlungen dagegen mit Zustimmung der jeweiligen Regierung - wenn auch nicht immer ganz freiwillig. Die Maßnahmen schienen eine humane, rationale und finale Konfliktlösung zu sein. Die Konsequenzen für die Betroffenen und deren originäre Menschenrechte gerieten dabei aus dem Blick.

Für beide deutsche Staaten aber, was oft vergessen wird, auch die Republik Österreich, bedeutete die Integration der insgesamt mehr als 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen eine gewaltige Herausforderung, die unterschiedlich gelöst wurde: in der Bundesrepublik (ca. 8 Millionen Flüchtlinge und Vertriebe) durch eine mühsam errungene „Gleichberechtigung für den ‚Fünften Stand‘ (Linus Kather)“; in der DDR (ca. 4 Millionen) durch „Assimilation und Repression“; in Österreich (ca. 300 000) durch eine „Vertriebenenintegration wider Willen“.

Im Ergebnis fand zwischen dem Ende des I. und des II. Weltkriegs eine gigantische „Entmischung“ (Karl Schlögel) der Völker Ostmitteleuropas statt. Damals ging

Alteuropa endgültig zugrunde. Zurück blieb, ohne dass dies den Zeitgenossen bewusst war, ein im Kern zerstörter Kontinent, der sich nun konsequent nationalstaatlich organisiert hatte. Dies bedeutet einen Verlust für alle Völker, weil die Geschichte der europäischen Völker nie nur eine Addition von miteinander in Konkurrenz liegenden nationalen Geschichten war, wie nationalistische Konstrukte des 19. Jahrhunderts suggerieren. Solchen ethnozentrischen Geschichtsbildern gilt es durch eine konsequente Rückbesinnung auf die gemeinsamen Wurzeln der europäischen Kultur entgegenzutreten. Die Europäer haben eine wichtige Verpflichtung, aus dem Geist des im 20. Jahrhundert zerstörten Alteuropa ein neues Europa aufzubauen, dessen Basis die heute bestehenden Nationalstaaten sind, welche aber das Verbindende und nicht das Trennende suchen. Dies gilt auch und gerade angesichts der Herausforderungen, die die aktuelle Flüchtlingskrise mit sich bringt. Die Staaten Europas, die als Folge des II. Weltkriegs in besonderer Weise Flucht und Vertreibung erlebt haben, sollten aus den damals gemachten historischen Erfahrungen heraus hier in besonderer Weise sensibel sein.

Auszüge aus der Diskussion

Frage:

Sie erwähnten die Zwangsumsiedlungen durch die Nationalsozialisten. Die Deutsch-Südtiroler sollten zunächst nach Bessarabien geschickt werden und dann auf die Krim. Es kam dann aber nicht dazu auf Grund der Kriegereignisse.

Antwort:

Die Zwangsumsiedlung wurde vorbereitet. Bei der sogenannten Option standen die deutschsprachigen Südtiroler vor der Wahl Italienisierung oder Aufgabe der Heimat. Es fanden auch erste Umsiedlungen nach Nordtirol und nach Südbayern statt. Es gab auch Südtiroler, die ins Elsass gebracht wurden, ins Sudetenland oder ins „Protektorat Böhmen und Mähren“, das waren aber relativ kleine Gruppen. Dennoch war die faktische die Zerstörung dieser Minderheit geplant.

Frage:

Andreas Kossert hat gesagt, es ist ein Mythos, dass die Flüchtlinge problemlos integriert wurden. Ist das eine Erklärung dafür, dass dieser Teil der Geschichte bei uns heute in der aktuellen Situation keine Rolle spielt?

Antwort:

Kossert hat mit seinem bekannten Buch „Die kalte Heimat“ erstmals ein wenig am Lack gekratzt. Der Mythos von der geglückten Integration ist seit den 1970er Jahren entstanden, als die Vertriebenen überwiegend tatsächlich integriert waren. Bis heute sind allerdings die Vertreibung wie die Vertriebenenintegration nicht wirklich in unserer Erinnerungskultur angekommen. Es gibt viele Unterschiede zur derzeitigen Flüchtlingskrise, aber es ist bei vielen Menschen in unserem Land offensichtlich in Vergessenheit geraten, dass die deutschen Vertriebenen mehrheitlich Ablehnung erfuhren. Dies erinnert schon ein wenig an Vorbehalte in Teilen unserer Bevölkerung gegenüber den heutigen Flüchtlingen. Man kann aus den Fehlern, die bei der Vertriebenenintegration nach 1945 gemacht wurden, einiges lernen für die Gegenwart. Vor allem muss man sich klar machen, dass Integrationspolitik einen starken Staat braucht und die frühe Bundesrepublik ein starker Staat war.

Frage:

Nach 1968 gab es Druck auf die jüdische Bevölkerung in Polen, was zu einer massenhaften Auswanderung von Juden aus Polen führte. Was wissen sie darüber?

Antwort:

Massenauswanderung polnischer Juden nach 1968 hing zusammen mit massiven innenpolitischen Problemen des damaligen polnischen KP-Chefs Władysław Gomułka. Er befürchtete, dass, vor dem Hintergrund konkreter Missstände Teile der Bevölkerung aufbegehren könnten. Gomułka versuchte deshalb, die Wut, die sich gegen die

polnische KP richtete, durch eine antisemitische Kampagne abzuleiten auf die polnischen Juden. Er knüpfte hierbei an alte antisemitische Vorurteile, die in der polnischen Mehrheitsgesellschaft tief verhaftet waren und teilweise bis heute sind, an. Dies führte dazu, dass der größte Teil der polnischen Juden auswanderte, überwiegend nach Israel. Wir haben hier ein erschreckendes Beispiel für das Fortwirken nicht nur antisemitischer Ressentiments, sondern auch von Auseinandersetzungsformen, die wir aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr gut kennen.

Frage:

Warum haben die Russlanddeutschen bis heute keine Rehabilitierung erfahren?

Antwort:

1941 wurde die wolgadeutsche Sowjetrepublik (*Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen*) unter dem Vorwand der Kollaboration mit dem Deutschen Reich aufgelöst und die deutschen Bewohner nach Innerasien deportiert. Auch andere russlanddeutsche Minderheiten wurden in diesem Kontext zwangsumgesiedelt. Chruschtschow setzte im Zuge der Entstalinisierung eine Rehabilitierung der vertriebenen Minderheiten in Gang. Viele durften in ihre Heimat zurückkehren, z.B. die Tschetschenen und die Inguschen, nicht aber die Russlanddeutschen. Dafür gab es v.a. zwei Gründe: Chruschtschow war nicht bereit eine vollständige Rehabilitierung auszusprechen weil er befürchtete, damit würde man die Rolle Deutschlands rehabilitieren. Sodann war mit den Rehabilitierungen immer das Angebot auf Rückkehr verbunden, aber eine Rückkehr der Russlanddeutschen in das Wolgagebiet war nicht durchsetzbar, weil dort mittlerweile andere Menschen wohnten.

Frage:

Es wird immer gesagt, dass Polen wegen des Verlusts der polnischen Ostgebiete die deutschen Ostgebiete bekommen habe. Man muss aber die Größenverhältnisse sehen: es kamen zwei Millionen Polen und ein paar hunderttausend Ukrainer und Weißrussen in die ehemals deutschen Ostgebiete, aber es waren 8-9 Millionen Deutsche vertrieben worden.

Antwort:

Die Anzahl der polnischen Vertriebenen aus den polnischen Ostgebieten war in der Tat erheblich geringer als die Anzahl der vertriebenen Deutschen. Das ändert aber nichts daran, dass die Bedeutung dieses Raums – der „Kresy“ – für das polnische Nationalbewusstsein sehr groß war und partiell immer noch ist. Die Städte Lemberg und Wilna waren für den polnischen Nationalismus wesentlich zentraler als Breslau oder Königsberg für den deutschen. Beide Städte waren vor 1945 mehrheitlich polnischsprachig und es gab in beiden traditionsreiche polnische Universitäten.

Frage:

Sie haben das Jahr 1912 als Ausgangspunkt von massenhaften Vertreibungen genannt. Nun wissen wir aber vom zerfallenden Osmanischen Reich, dass es schon vor 1912 zu Vertreibungen gekommen ist. Wie weit müssen wir zurückgehen, um Vertreibungserfahrungen zu deuten?

Antwort:

Man muss eigentlich bis ins 19. Jahrhundert zurückgehen. Die Zäsur 1912/13 wird gern gewählt, weil es hier zum ersten Mal zu vertraglichen Abmachungen kam, in denen Umsiedlungen festgelegt wurden; die waren damals angeblich freiwillig, als man aber merkte, dass die Menschen nicht freiwillig gehen, wendete man Zwang an. Das war der Einstieg in Vertreibungsmaßnahmen neuen Stils. Hinzu kam die Anwendung massiver Gewalt: Als beispielsweise die Serben 1912 den Kosovo eroberten, töteten sie muslimische Albaner, in der Hoffnung, dass die Überlebenden fliehen und man das Land dann wieder serbisch besiedeln könne. Es gibt bestimmte Grundmuster bei solchen Konflikten, die älter sind: Vor dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78 gab es z.B. die sogenannten Bulgaren-Gräuel: Nach einem Aufstand der

Bulgaren gegen die Osmanen fielen dem Gegenschlag der osmanischen Armee 15.000 bis 30.000 Menschen zum Opfer. Daraus resultierten Fluchtbewegungen. Diese Ereignisse gehören in den Kontext des Zerfalls des Osmanischen Reichs, der die weitgehende Verdrängung der Türken vom Balkan zur Folge hatte. Wenn die heutige türkische Führung z.B. die Grenzen von 1923 scheinbar in Frage stellt, so resultiert das auch aus einer in der Türkei verbreiteten Überzeugung, dass die Türken die ersten Opfer von Vertreibungen in Europa gewesen sind. Ganz falsch ist das nicht. Die ersten Opfer von Vertreibungsmaßnahmen im großen Stil 1912/13 waren die sogenannten Balkantürken. Heute gibt es eine nennenswerte türkische Restbevölkerung nur noch in Südbulgarien und im griechischen West-Thrakien. Alle anderen europäischen Türken, etwa in Nordgriechenland, in Rumänien, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina usw. sind zwischen 1912 und 1923 zwangsumgesiedelt worden oder von selbst geflohen.

Frage:

In wie weit ist die Staatsgründung Israels verbunden mit Vertreibungen der Palästinenser?

Antwort:

Europäische Juden sind schon seit dem späten 19. Jahrhunderts mit Erlaubnis der osmanischen Regierung wieder nach Palästina eingewandert und auch die britische Mandatsmacht hat dies nach dem Ersten Weltkrieg gestattet. Es entstanden auf diese Weise jüdische Siedlungsschwerpunkte in Palästina und es stellte sich für die zionistische Bewegung schnell die Frage, ob man daraus nicht einen jüdischen Staat machen sollte, was die Muslime von vornherein ablehnten. Es gab mehrere Teilungspläne für Palästina, denen die Zionisten immer zustimmten, die Muslime lehnten sie dagegen ab. Laut dem Teilungsplan der UNO von 1947 sollten ein jüdischer und ein arabischer Staat in Palästina gegründet werden. Der jüdische wäre viel kleiner gewesen als das heutige Israel und der arabische viel größer als die heutigen Palästinensergebiete. Die Zionisten akzeptierten diese Lösung wiederum, die Araber lehnten sie. Als dann der jüdische Staat seine Unabhängigkeit erklärte, überfielen die arabischen Nachbarstaaten Israel. Den Israelis gelang es aber, diesen Krieg zu gewinnen. Die Folge war eine Massenflucht der muslimischen Bevölkerung, teilweise kam es auch zu Vertreibungen. Nachdem sich Israel in den neuen Grenzen konstituiert hatte, gab es Verhandlungen über die Flüchtlingsfrage. David Ben Gurion, der erste Ministerpräsident Israels, erklärte sich bereit, einen Teil der arabischen Flüchtlinge zurückzunehmen, doch das war den arabischen Staaten nicht genug. Dadurch ist die Situation entstanden wie sie heute ist: Die Flüchtlinge bzw. deren Nachkommen leben seit Jahrzehnten in den Nachbarstaaten Israels in Lagern und hoffen mehrheitlich, dass sie irgendwann einmal werden zurückkehren können. Aber das wird sehr wahrscheinlich nicht passieren, weil dies die Axt an die Existenz des Staates Israel legen würde.

Im Gefolge dieser Auseinandersetzungen sind seit 1948 im Laufe von zehn Jahren die jüdischen Minderheiten in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens weitgehend vertrieben worden, mit einer Ausnahme: Der Iran, weil die Regierung des damaligen Schah mit den USA verbündet war. Diese Vertreibungen waren auch ein Grund dafür, dass der israelische Staat nur einen Teil der Araber zurücknehmen wollte, weil man Platz für die eigenen Vertriebenen brauchte.

Frage:

Wie weit müssen wir vor dem geschilderten Hintergrund die Westeuropäische Einigung als einen gewaltigen Geisterfahrertrip sehen, gegen diese extremen historischen Hypothesen und Hindernisse?

Antwort:

Das Ideal der europäischen Einigung wie es in den 1950er Jahren die drei großen Christdemokraten Adenauer, de Gasperi und Schuman in Angriff genommen haben, ist nur aus den Erfahrungen der Zerstörungen Alteuropas zu erklären. Das kann man an

den drei Personen und ihrer Herkunft erkennen: Adenauer, ein Rheinländer aus einem der westlichen Grenzgebiete Deutschlands, Schuman, ein Deutsch-Lothringer, der als deutscher Staatsbürger aufwuchs, insofern ein Grenzgänger zwischen zwei Völkern, ebenso de Gasperi, ein „Welschtiroler“ aus dem Trentino, der vor dem I. Weltkrieg noch Abgeordneter des österreichischen Reichsrats gewesen war. Diese drei Männer waren zutiefst geprägt von der Erfahrung, welche Konsequenzen der Nationalismus in Grenzregionen hat. Deswegen haben sie dieses große Werk begonnen, das in den 1950er Jahren wegen der Kriegserfahrungen viel populärer war als heute: Das Ziel der europäischen Einigung war eine Verheißung, ein Ausbrechen aus der Logik von Krieg, Rache und Vergeltung. Das ist leider ein wenig in Vergessenheit geraten.

Frage:

Wäre eine Renationalisierung, wie wir sie heute greifen können, in einem bunten Europa wie vor 1912 möglich gewesen?

Antwort:

Das ist schwierig zu beantworten. Im 19. Jahrhundert gewann das Ideal des ethnisch orientierten Nationalstaats immer mehr an Boden. Die Menschen um 1900 bzw. deren politische Eliten wollten eindeutige Zuordnungen, keine „hybriden“ Identitäten. Daran sind auch immer wieder Bemühungen, z.B. im Osmanischen Reich, gescheitert, den Vielvölkerstaat zu modernisieren. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat man dort versucht, Reformen durchzuführen, regionale Vertretungen und sogar ein Reichsparlament geschaffen. In dem Moment, in dem es Wahlen gab, haben sich aber v.a. kompromissunwillige ethnische Parteien bzw. Fraktionen gebildet.

Gehen wir einmal in die Gegenwart: Eine Folge der Wiedervereinigung Europas ab 1990 ist eben auch, dass Staaten hinzugetreten sind, die die Erfahrung von jahrzehntelanger Fremdherrschaft gemacht haben – etwa die Staaten des früheren Ostblocks, die daraus die Konsequenz ziehen, dass nationale Identität ein Wert an sich ist, und die sich auch von uns Deutschen nicht vorschreiben lassen wollen, dass Polen oder Ungarn „bunt“ zu sein haben.

Ich halte es für sehr gefährlich wenn wir Deutsche mit dem erhobenen Zeigefinger durch Europa laufen und sagen, wir seien schon einen Schritt weiter als unsere Partner in der EU und uns als Lehrmeister für eine die postnationale Gesellschaft aufspielen. Das ist wohl auch die entscheidende Fehleinschätzung von Angela Merkel gewesen, die mit gutem Beispiel vorangehen wollte, in der Erwartung, die anderen ziehen mit. Es wird noch ein mühsamer Weg mit diesen Ländern, mit deren Erfahrung von Fremdherrschaft, teilweise auch Genozid, und auch der Erfahrung mit schwer integrierbaren traditionellen Minderheiten, wie z.B. den Roma in Ungarn, Rumänien oder Bulgarien. Es bleibt uns aber nichts anders übrig, wir müssen diesen Weg weitergehen, aber wir müssen ihn mit Bedacht weitergehen und ohne Illusion.